

# Johnston-Atoll:

## Hinterhof für C-Waffen-Abfall

„Aus den Augen, aus dem Sinn“ waren die 395 Tonnen Nervengift Sarin (GB) und VX, als sie Ende Juli aus ihrem Depot im pfälzischen Clausen auf das ferne Johnston-Atoll im Pazifik abtransportiert wurden. Während in Deutschland größtenteils Freude über die (vor-)schnelle Beseitigung der Rückstände des „kalten Krieges“ herrschte, breitete sich in den Inselstaaten des Pazifiks die Furcht vor den Risiken des „Johnston-Atoll Chemical Agent Disposal System“ (JACADS) aus.

Nachdem die C-Waffen Anfang Oktober auf dem Johnston-Atoll eingetroffen sind, lagern die 100 000 Raketen nun voraussichtlich bis 1994 in 7 Erdbunkern. Die Gefahr für Mensch und Umwelt wurde also wie in der Vergangenheit nur auf die Pazifikregion übertragen.

Bereits in den 60er Jahren mußte im Zuge des sogenannten Hardtack-Programms das Atoll für Tests von atomar bestückten Raketen herhalten. In deren Verlauf kam es 1962 zur Fehlexplosion einer schweren Wasserstoffbombe, deren Auswirkungen sich noch heute in der Verseuchung einer ca. 10 Hektar großen Fläche zeigen. Nun soll die künstlich erweiterte Insel der Ort sein, an dem die USA ihre Abrüstungsvereinbarungen erfüllen will. Die Vereinigten Staaten haben mit einem Kostenaufwand von beinahe 1 Milliarde Dollar versucht, eine höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechende Verbrennungsanlage zu errichten. Sie soll nach ihrer Erprobung als Modell für 8 weitere Orte in den USA dienen. Die ersten Tests der bis 1991 dauernden Großversuchsphase haben jedoch technische Mängel der Anlage aufgedeckt. Nachdem bereits im Mai dieses Jahres eine vom Pentagon in Auftrag gegebene Inspektion 281 Mängel an dem Werk beanstandete, räumte die technische Leitung der Anlage gegenüber einer Journalistendelegation, die das Johnston-Atoll Anfang November besichtigte, ein, daß sie „Ärger mit Förderbändern und anderen Bauteilen der automatisierten Anlage haben“ und unzufrieden „mit den Sicherheitsstandards und den Umweltschutzwerten“<sup>1</sup> seien. Die angesprochenen Bedenken sind berechtigt angesichts des Zustandes, in dem sich die Chemie-munition, die im Rahmen der Operation „Red Hat“ 1971 von Okinawa zum Johnston-Atoll gebracht wurde und seitdem in Bunkern und offenen Hallen vor sich hin rostet, befindet. Erst kürzlich meldete eine Meßstation

auf der Insel, daß aus dem Leck eines Projektils das tödliche Senfgas austrat.<sup>2</sup> Diese teilweise 30 Jahre alte Munition wird zur Zeit vernichtet.

Das wohl größte Sicherheitsproblem der Insel stellt die Landebahn dar, an deren Seiten die offenen Lagerhallen und die Verbrennungsanlage liegen. Ein Absturz oder ein Fehler beim Aufsetzen auf die zivil und militärisch genutzte Rollbahn würde im schlimmsten Fall eine Giftgaswolke freisetzen, die sich 150 km, in Spuren sogar 10mal so weit, ausbreiten könnte.<sup>3</sup> Für die rund 1300 Arbeiter auf der Insel steht ein gassicherer Schutz-bunker, Sicherheitsanzüge, mit denen im Notfall auch Reparaturen durchgeführt werden können, und ein Reinigungsraum, in dem kontaminierte Personen - allerdings nur 6 zur gleichen Zeit - einer Säuberungsprozedur unterzogen werden können, zur Verfügung. Die beiden Kampfstoffe Sarin und VX wirken jedoch selbst in geringen Konzentrationen tödlich.

Eine weitere Gefahrenquelle stellen die Rückstände aus dem Verbrennungsprozeß dar. Während die festen, einbetonierten Verbrennungsprodukte nach dem Verbot des sogenannten Ocean Dumping nun nicht mehr einfach den Tiefen des Meeres überlassen, sondern zur weiteren Vernichtung nach Texas und Kalifornien abtransportiert werden, bleibt die Gefahr der chemischen Rückstände, die durch die Schlote in die Luft abgegeben werden. Dazu gehören die gefährlichen Dioxine und Furane. Greenpeace fordert, daß dieses Verfahren ebenfalls als eine Form des Ocean Dumping verboten wird, zumal sich die Chemikalien nicht im Wasser verdünnen, sondern in die Wasseroberfläche, den Lebensraum des Planktons, einlagern.<sup>4</sup> Durch den biologischen Prozeß der Anreicherung in der Nahrungskette, an deren Ende oft der Mensch steht, könnten sich gefährliche Konzentrationen bilden. Die US-Armee hält diese Befürchtungen für unbegründet, „weil es in den bewegten und rauen Gewässern um die Insel nur vorübergehend eine konsistente oberste Meeresschicht gibt“<sup>5</sup>. Gerade die klimatischen Bedingungen, denen das pazifische Gebiet unterliegt, geben jedoch ebenfalls Anlaß zur Sorge. Mehrere Male schon mußte in der Vergangenheit das Personal des Johnston-Atolls evakuiert werden, weil Orkane und Sturmwellen die Insel erschütterten. Inzwischen soll die gesamte Anlage einem Hurrikan standhalten.

Die intensiven Bemühungen der USA

mit großem technischen Aufwand eine möglichst vorbildliche C-Waffen-Vernichtung zu betreiben, sollten aber nicht das moralische Problem in den Hintergrund rücken, die dieses System in sich birgt. Lange Zeit wurden weder die pazifischen Inselstaaten informiert noch um ihre Meinung zu JACADS gefragt. Poka Laenui, Vizepräsident des Welteingeborenenrates, kennzeichnete die Haltung der Weißen als arrogant und rassistisch: „Die schütten uns an den Strand, was sie zu Hause niemals zulassen würden. Mit Insulanern gehen sie um wie mit Dreck.“<sup>6</sup> Auf dem Südpazifikforum im August, an dem 15 unabhängige Staaten teilnahmen, wurde die Befürchtung geäußert, daß das Johnston-Atoll zum „permanenten Entsorgungsort für den Giftmüll der ganzen Welt“<sup>7</sup> wird. Ende Oktober hat US-Präsident Bush während des Treffens des Pazifikforums in Honolulu den Vertretern von elf Pazifikstaaten zugesagt, die Insel nach Vernichtung der jetzigen Bestände, einschließlich der Waffen aus Deutschland, nicht weiter „für irgendwelche anderen Zwecke in Zusammenhang mit Chemiewaffen zu nutzen“<sup>8</sup>. Bleibt zu hoffen, daß der amerikanische Hinterhof nicht schon vorher zu einer verseuchten Müllkippe wird.

Weitere Hintergrundinformationen können über die Pazifik-Informationsstelle, Hauptstraße 2, 8806 Neuendettelsau, bezogen werden.

Roland Hardenberg

### Anmerkungen:

1 FR 2.11., S. 3,

2 DER SPIEGEL 5.11., 45/44, S. 198,

3 FR 2.11., S. 3,

4 Greenpeace Review of JACADS. Draft Second Supplemental Environmental Impact Statement (DSSEIS), Feb. 1990, S. 24,

5 FR 2.11., S. 3,

6 EMW-Info. Okt. 1990, Nr. 89, S. 4,

7 AW 10.10., S. 30,

8 TAZ 29.10., FR 29.10.

## Die Rote Hilfe - Zeitung 4/90 ist erschienen !

**Schwerpunktthema:** Geschichte, Praxis und Hintergründe der Kronzeugen

**weitere Themen:** Prozesse gegen AKW-Gegner, KurdInnen, Iren, Ausschlußverfahren gegen 82 Gewerkschafter bei Opel, Hausbesetzerprozeß in den Niederlanden, Meldungen aus der Antirepressionsarbeit

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Rote Hilfe e.V.  
Postfach 6444  
23 Kiel 14

